



**BMG-96100/0054-I/B/9/2009**

**Wien, am 13. Okt. 2009**

**Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, das Sonderunterstützungsgesetz, das Karenzgeldgesetz, Arbeiterkammergesetz 1992 und das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, geändert werden (4. Sozialrechts-Änderungsgesetz 2009 – 4. SRÄG 2009)**

An alle laut Verteiler:

Präsidium des Nationalrates \* Präsidentschaftskanzlei \* Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst \* alle Bundesministerien \* alle Staatssekretariate \* Rechnungshof \* Büro des Datenschutzrates \* Volksanwaltschaft \* Österreichische Nationalbank \* Finanzprokurator \* Verfassungsgerichtshof \* Verwaltungsgerichtshof \* Beirat für die Volksgruppe der Roma \* Geschäftsführung des Familienpolitischen Beirats \* alle Landeshauptmänner \* Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung \* Bundesvergabeamt \* Österreichischer Städtebund \* Österreichischer Gemeindebund \* Bundesarbeitskammer \* alle Landesarbeiterkammern \* Wirtschaftskammer Österreich \* alle Landeswirtschaftskammern \* Österreichischer Gewerkschaftsbund \* Gewerkschaft Öffentlicher Dienst \* Österreichischer Landarbeiterkammertag \* alle Landeslandarbeiterkammern \* Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs \* alle Landeslandwirtschaftskammern \* Österreichischer Rechtsanwaltskammertag \* Österreichische Notariatskammer \* Österreichische Ärztekammer \* Österreichische Apothekerkammer \* Verband Angestellter Apotheker Österreichs \* Österreichische Zahnärztekammer \* Industriellenvereinigung \* Kammer der Wirtschaftstrehänder \* Bundeskammer der Tierärzte Österreichs \* Bundeskomitee Freie Berufe Österreichs \* Bundeskonferenz der Kammern der Freien Berufe \* Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre \* Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten \* Österreichische

Patentanwaltskammer \* Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz \* Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche in Österreich \* Österreichische Bundes-Sportorganisation \* Israelitische Kultusgemeinde \* ARGE Patientenanwälte \* Österreichisches Hilfswerk \* Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger \* alle Sozialversicherungsträger \* Arbeitsmarktservice Österreich \* alle Landesgeschäftsstellen des Arbeitsmarktservice \* Kriegsopfer- und Behindertenverband Österreich \* Freier Wirtschaftsverband Österreichs \* Wirtschaftsforum der Führungskräfte \* Bundes-Jugendvertretung \* Technische Universität Wien \* Zentralausschuss der Österreichischen Hochschülerschaft \* Gesellschaft der Gutachterärzte Österreichs \* Österreichischer Bundesfeuerwehrverband \* Zentralstelle Österreichischer Landesjagdverbände \* BPW-Austria Gesellschaft \* Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation \* ARGE Daten \* Österreichischer Gewerbeverein \* Österreichischer Bundesverband für Psychotherapie \* Berufsverband Österreichischer Psychologinnen und Psychologen \* Verein Österreichischer Seniorenrat \* Handelsverband \* Geschäftsführung des Bundesseniorenbeirates \* Verein der Mitglieder der Unabhängigen Verwaltungssenate \* Österreichischer Arbeitsring für Lärmbekämpfung \* Bundeskonferenz der Universitäts- und Hochschulprofessoren \* Bundeskonferenz der Verwaltungsdirektoren österreichischer Krankenanstalten \* Vereinigung Österreichischer Staatsanwälte \* Vereinigung österreichischer Richter \* Österreichisches Hebammengremium \* UVS Wien \* ARGE PDL - SV Österreich \* Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs \* ARGE Selbsthilfe Österreich \* Gesundheit Österreich GmbH \* Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit \* Samariterbund \* Ludwig Boltzmann Institut \* Frauengesundheitszentrum

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Gesundheit übermittelt beiliegend den Entwurf eines **Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, das Sonderunterstützungsgesetz, das Karenzgeldgesetz, Arbeiterkammergesetz 1992 und das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, geändert werden (4. Sozialrechts-Änderungsgesetz 2009 – 4. SRÄG 2009)** mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme und allfällige Stellungnahme bis längstens

## **2. November 2009**

Es wird ersucht, die Stellungnahme an das Bundesministerium für Gesundheit elektronisch an folgende E-Mail-Adresse zu übermitteln:

[martina.zach@bmg.gv.at](mailto:martina.zach@bmg.gv.at)

Das Bundesministerium für Gesundheit wird die Stellungnahmen, die jene Gesetze betreffen, die in die Zuständigkeit des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz fallen, an das zuständige Ressort weiterleiten. Der Entschließung des Nationalrates anlässlich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes, BGBl. Nr. 178/1961, entsprechend, werden die begutachtenden Stellen ersucht, die Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln, und zwar – bei Vorhandensein der technischen Möglichkeit hiezu – im Wege elektronischer Post an die Adresse

[begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at)

und davon in der Stellungnahme Mitteilung zu machen.

Die Landeskammern der gesetzlichen Interessenvertretungen werden ersucht, die Stellungnahme unmittelbar der jeweiligen Bundeskammer zu übermitteln.

Die Sozialversicherungsträger werden ersucht, die Stellungnahme unmittelbar dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger zu übermitteln.

Es wird darauf hingewiesen, dass dieses Begutachtungsverfahren auch als Befassung gemäß Art. 1 Abs. 1 und 4 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, anzusehen ist.

Sollte bis zum oben angegebenen Termin keine Stellungnahme eingelangt sein, so wird angenommen, dass kein Einwand gegen den vorliegenden Entwurf besteht.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Bundesminister:  
Sektionschef Dr. Clemens-Martin Auer

Beilage: 3

Elektronisch gefertigt